

Das **Green-Card-Konzept** allein reicht nicht aus, urteilt der Migrationsexperte **Klaus J. Bade** und nennt **sechs Voraussetzungen** für eine erfolgreiche deutsche **Einwanderungspolitik**

In der politischen Diskussion war das Thema Migration lange ein kümmerliches Pflänzchen, allseits für giftig erklärt und deshalb künstlich trocken gehalten. Jetzt schießt es ins Kraut wie Münchhausens Bohne. Das hat mit parteipolitischen Finessen ebenso viel wie mit der Sache selbst zu tun.

Zur Debatte steht ein Zentralbereich der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Kulturpolitik. Wer Migrationspolitik konzipieren will, sollte deshalb nicht zuerst über Zahlen, sondern über Ziele sprechen. Es muss Tacheles geredet werden über Absichten, Handlungsspielräume, auch über Gestaltungsgrenzen und über die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Kosten-Nutzen-Rechnung in diesem Feld.

Bevölkerungsschrumpfung und Überalterung bergen in der Tat langfristig schwerwiegende Probleme für die wirtschaftliche Dynamik ebenso wie für die Generationensolidarität, von der Rente bis zum Pflegekostentarif. „Bevölkerungspolitik“ als solche ist keine Alternative, weil sich Bevölkerungswachstum schon aus strukturellen Gründen nicht „steuern“ lässt. Deswegen auch wissen wir heute schon ziemlich genau, wie es um die Bevölkerung in Deutschland im Jahr 2050 stehen wird, je nachdem, mit wie viel von jener dauerhaften Zuwanderung gerechnet wird, die man Einwanderung nennt.

Einwanderung aber ist kein Allheilmittel für Bevölkerungs- und Gesellschaftsprobleme: Auch Einwanderer werden älter, und ihre Geburtenraten pflegen sich denen der Aufnahmegesellschaften anzupassen. Außerdem können Einwanderer bei der Bewältigung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme nur helfen, wenn sie, sozialversicherungspflichtig, vom Ertrag ihrer Arbeit leben und nicht von Sozialhilfe oder Schwarzarbeit.

Es geht also weniger um die Zahl als um die Struktur der erwünschten Einwanderung. Die Green Card à la Schröder war hier ein brauchbarer Anstoß – auch wenn dabei gewiss nicht an die dadurch ausgelöste, bald eigendynamische und erstmals positive Einwanderungsdebatte gedacht war.

Es gibt in der Tat klare Argumente für die Green-Card-Idee: Die Schutzmechanismen des Sozialstaates erodieren, wenn bei struktureller Massenarbeitslosigkeit und zunehmender „Vergreisung“ die Zahl derer wächst, die am Sozialstaat partizipieren, und die Zahl derer schrumpft, die ihn über ihre Beiträge finanzieren, während zugleich Höchstqualifizierte abwandern und auf Sozialhilfe Angewiesene zuwandern. Wenn aber einheimische Spitzenkräfte fehlen oder abwandern und ausländische im Bedarfsfalle nicht flexibel, zügig und ohne zu enge Begrenzungen zugelassen werden, dann gehen deutsche Spitzenjobs dorthin, wohin auch deutsche und ausländische Spitzenkräfte gehen, zum Beispiel in die USA. Dass eingewanderte Spitzenkräfte umgekehrt oft neue Arbeitsplätze schaffen, kann man von den Vereinigten Staaten lernen.

Wir brauchen deshalb einerseits eine Qualifikationsoffensive in der beruflichen Bildung, an Universitäten und Fachhochschulen. Und wir brauchen andererseits eine Einwanderungspolitik im wohlverstandenen Eigeninteresse des Einwanderungslandes Deutschland. Dafür wiederum ist das Green-Card-Konzept zu wenig. Nötig ist vielmehr das gemeinsame Dach einer Einwanderungsgesetzgebung, unter dem die vielen unübersichtlichen Zuwanderungsbestimmungen versammelt und zugleich nach übergreifenden Leitgesichtspunkten zu einer Steuerungskonzeption ausgerichtet werden.

Wer aber, zumal vor dem Hintergrund von struktureller Massenarbeitslosigkeit, für Einwanderung votiert, muss nicht nur gute Argumente haben, sondern auch für diese Argumente werben; denn Einwanderungsgesetzgebung und Einwanderungspolitik kann man nur mit der einheimischen Mehrheit und nicht gegen sie machen, wenn es nicht zu schweren Spannungen, gerade zu Lasten der Eingewanderten, kommen soll. Nur wenn ein solcher Grundkonsens erreicht wird, kann Migrations- und Integrationspolitik als Beitrag zu sozialem Frieden und kultureller Toleranz wirken. Die Dinge sind also deutlich komplexer, als mancher denken mag, der gern von schlichten Zahlen spricht. Und sie haben viele Facetten, die die nationalen mit europäischen Aufgaben verbinden.

Nötig ist nach alledem **erstens** eine nationale Migrationskonzeption, die diesen Namen verdient. Dann können Einwanderer, die wir mit bestimmten Berufsprofilen ja durchaus brauchen, mit klaren Anforderungen des Einwanderungslandes konfrontiert werden. Sie kennen die Kriterien und wissen, ob und wie sie ihre Chancen auf Zugang verbessern können. Sie können gegebenenfalls auch auf Wartelisten gesetzt werden, ohne sich durch Asylverfahren hindurchzülügen oder gar illegale Wege beschreiten zu müssen.



Die nationale Konzeption muss europaverträglich sein; denn in Sachen Migrationspolitik gibt es in der Europäischen Union keine nationalen Alleingänge mehr. Wir brauchen deshalb **zweitens** klare und zugleich flexible europäische Konzepte. Sie müssen zwischen supranationaler und nationaler Ebene koordiniert werden. Dazu sind auf beiden Ebenen entsprechende Institutionen nötig – auf deutscher Seite zum Beispiel ein Amt für Migration und Integration mit angeschlossenem Forschungsinstitut, ähnlich wie beim Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg. Das Amt und sein Institut müssen beobachten, konsultieren, koordinieren, Konzepte erarbeiten und Brückenfunktionen übernehmen: einerseits zu einer zentralen europäischen Migrationsinstitution und andererseits zu entsprechenden Institutionen der Bundesländer, die zu meist noch ebenso fehlen wie die Einwandererberatungsstellen in den Kommunen, die im Sozialamt nichts zu suchen haben. Nötig ist **drittens** ein unausgesetzter Kampf gegen Menschen Schleusung und Menschenhandel, deren international vernetzte Organisationen ständig zunehmen und uns auch hier zu Lande umgeben, weil Menschen Schleusung und Menschenhandel heute noch lukrativer als Drogenhandel sind. Grenzschutz und Polizei sind überfordert, solange dieser Kampf nicht auch politisch auf internationaler Ebene unter Einbeziehung der Ausgangsräume geführt wird. Aber man sollte sich keine Illusionen dahingehend machen, dass etwa durch Einwanderungsgesetzgebung und Bekämpfung von Schleuserorganisationen die illegale Migration regelrecht abzuschaffen sei. Illegale Einwanderung wird es, das ist eine historische Erfahrung aller Einwanderungsländer, immer geben. Und die Versuchung wächst mit der Höhe des Zauns um das gelobte Land. Das mag widersprüchlich klingen, aber wir müssen mit dieser Spannung leben lernen.

Umso mehr brauchen wir **viertens** einen Abbau der Feindbilder von den „illegalen Einwanderern“, bei denen in der Regel Täter und Opfer verwechselt werden. Hier kann man von den USA einiges lernen, wo – trotz Einwanderungsgesetzgebung, Grenzkontrollen, Blechzäunen und Wärmebildgeräten an der Grenze zu Mexiko – die größte Gruppe der Einwanderer heute nach wie vor illegal aus dem Süden ins Land kommt. Und wir brauchen die Einübung in den normalen Umgang mit dem Unnormalen, zum Beispiel durch die Befreiung der Ärzte von der Pflicht, illegal im Lande lebende Patienten bei den Behörden zu melden, und durch Angebote zur Legalisierung auf Zeit, die man in Italien und Frankreich Regularisation nennt.

Und wir brauchen **fünftens** eine Koordination von Einwanderungs- und Asylpolitik. Eine bloße gegenseitige Aufrechnung von Einwanderer- und Asylbewerberzahlen aber ist falsch und zynisch

zugleich: Bei Einwanderung und Arbeitswanderung geht es um ökonomische Interessen – nicht nur der Wirtschaftswanderer, sondern auch des Einwanderungslandes. Es muss das Recht haben, sich einen Teil seiner Einwanderer auszusuchen, zumal es eine große Zahl ohnehin aufnehmen muss unter dem Gebot übergeordneter

Prinzipien (Familiennachzug) oder selbst auferlegter Verpflichtungen (Aussiedler). Deshalb führt an Qualifikationsanforderungen, aber auch an Quoten kein Weg vorbei.

Bei der Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden aber geht es nicht um ökonomische Interessen, sondern um humanitäre Pflichten. Quoten sollte es nicht gegen Flüchtlinge, sondern – als Verteilungsquoten – für europäische Aufnahmeländer geben. Angesagt ist nicht eine Quotierung von Hilfsbereitschaft, sondern eine europäische Lastenteilung bei der Bewältigung dieser humanitären Pflicht. Wer schließlich Angst vor „Überschwemmung“ hat, sollte nicht nur Pumpen im Keller installieren, sondern sich auch um die Ursachen kümmern. Nötig ist deshalb **sechstens** eine Bekämpfung der Ursachen unfreiwilliger Wanderungen durch entwicklungsorientierte Migrationspolitik oder migrationsorientierte Entwicklungspolitik in den Ausgangsräumen. Dabei geht es nicht nur um den gezielten und vor allem kontrollierten Einsatz von Geld, sondern nötigenfalls auch um – besser als bisher koordinierte – Frieden schaffende Einsätze unter dem Dach der Vereinten Nationen. Ein Europa, das sich dem verweigert, ist dazu verdammt, auf Dauer mit hohem Wanderungsdruck zu leben.

Der Migrationsexperte Klaus J. Bade ist Professor für Neueste Geschichte und Vorstand des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) der Universität Osnabrück. Er ist Mitbegründer des bundesweiten Rates für Migration. Im August erscheint sein neues Buch „Europa in Bewegung“.